„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

Modellvorhaben der Landesregierung und der Bertelsmann Stiftung gestartet

Materialien zum Wissenstransfer / Dokumentation

1

Kein KIND zurücklassen!
Kommunen in NRW beugen vor

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

BertelsmannStiftung

Im Jahr 2011 haben die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor" ins Leben gerufen. Gemeinsam mit 18 Modellkommunen haben sie es sich zum Ziel gemacht, die Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern. Durch eine kluge Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene entstehen verlässliche Präventionsketten, die Kindern und Jugendlichen eine erfolgreiche Entwicklung ermöglichen. Wichtige Aspekte beim Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten werden in Fachveranstaltungen diskutiert. In der vorliegenden Materialreihe werden die Ergebnisse des Fachdiskurses zwischen Wissenschaft, öffentlichen Verantwortungsträgern und Fachkräften dokumentiert.

In 2011, the State Government of North Rhine-Westphalia and the Bertelsmann Stiftung launched the initiative "Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor" ("Leave No Child Behind! Municipalities in North Rhine-Westphalia providing equal opportunities for all children"). Together with the 18 municipalities taking part in the joint initiative, the project aims to improve development prospects and provide equal opportunities for every child. Smart co-operation at municipal level allows reliable prevention chains to arise that offer children and young people the chance of successful development. Important aspects of the establishment and expansion of municipal prevention chains are discussed at symposia. This range of materials documents the results of the expert discourse between academia, people in positions of public responsibility and specialists.

„Kein Kind zurücklassen!“ (KeKiz)

Modellvorhaben der Landesregierung NRW und der Bertelsmann Stiftung gestartet

„Kein Kind zurücklassen!“ (KeKiz)

Modellvorhaben der Landesregierung NRW und der Bertelsmann Stiftung gestartet

Dokumentation der Auftaktveranstaltung am 09. November 2011, Colosseum Theater in Essen

Materialien zum Wissenstransfer
Erscheinungsort: Gütersloh
Band 1 (Januar 2012)

Die Materialsammlung wird herausgegeben von:

© Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon: 05241 81-81 285
www.bertelsmann-stiftung.de
Dr. Kirsten Witte, Programm LebensWerte Kommune
Karl Janssen, Projekt „Kein Kind zurücklassen!“

Verantwortlich:
Hanna Münstermann, Project Manager „Kein Kind zurücklassen!“, Bertelsmann Stiftung

Text: Team „Kein Kind zurücklassen!“, Bertelsmann Stiftung und Ingrid Kozanàk M.A., Wuppertal
Fotos: Jan Braun, BRAUN Media GmbH, Paderborn
Titelbild: Ines Meyer, Gütersloh

Gestaltung:
Nadine Südbrock, Corporate Communications/Grafik, Bertelsmann Stiftung
Bianka Certa, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung

Druck: Heiden Druck & Medien GmbH, Gütersloh

Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds.

Inhalt

1 Feierlicher Auftakt des Modellvorhabens 6
1.1 Begrüßung durch Oberbürgermeister Reinhard Paß 6
1.2 Start im „Duett“: Hannelore Kraft und Dr. Brigitte Mohn 7
1.3 Kooperationsvertrag in Essen unterzeichnet 9

2 Podium: Mehr Vorbeugung in der Politik 11
2.1 Expertenrunde 1: Petra Freynik, Heinz Hilgers, Klaus Konietzka 11
2.2 Expertenrunde 2: Felix Berth, Elisabeth Pott, Holger Ziegler 13
2.3 Expertenrunde 3: Christoph Gilles, Peter Jung, Andreas Meiwes 16

3 Guter Start – Gutes Umfeld – Gute Zukunft 18
3.1 Guter Start: Frühe Hilfen und Übergang Kita-Schule 18
3.2 Gutes Umfeld: Sozialraumorientierung – Nah dran ist früh dran 20
3.3 Gute Zukunft: Reform des Übergangs Schule – Beruf 22

4 Anlage 24

1 Feierlicher Auftakt des Modellvorhabens

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! – Kommunen in Nordrhein-Westfalen beugen vor“ offiziell gestartet. Mehr als 700 Gäste folgten der Einladung und nahmen am 9. November 2011 an der Auftaktveranstaltung im Colosseum Theater in Essen teil. Die überwältigende Resonanz zeigte deutlich, wie sehr das Thema vor Ort bewegt.

Verantwortungsträger aus Kommunen, freie Träger, Mitarbeiter aus Verbänden und Vereinen, Fachkräfte aus Kitas, Familienzentren und Schulen und viele mehr zeigten sich dem Anliegen gegenüber aufgeschlossen, die Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien vor Ort so zu organisieren, dass frühzeitige und kontinuierliche Unterstützung gewährleistet ist. Die Umstellung des Systems auf eine gemeinsam getragene vorbeugende Politik stieß partei- und institutionenübergreifend auf viel Zustimmung.

1.1 Begrüßung durch Oberbürgermeister Reinhard Paß

Reinhard Paß, Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Essen erläuterte in seinem Grußwort, dass Prävention in der Ruhrmetropole zu den entscheidenden Themen gehöre. In Essen habe man, „wie wahrscheinlich in den meisten Städten in Nordrhein-Westfalen, in den letzten Jahren in diesem Bereich einiges dazugelernt.“ Arbeitsansätze würden weiterentwickelt, um Familien, die Unterstützung brauchen, möglichst früh zu erreichen und kontinuierlich zu begleiten. Es gehe darum, nicht erst zu reagieren, wenn ein Problem sich bereits verfestigt hat, führte Paß aus. Einen inhaltlichen Aspekt findet er besonders wichtig: „Und das ist die besondere Verantwortung der

Kommune. (…) Wir müssen bedenken, dass sich hier in der Stadt Tag für Tag entscheidet, ob Kinder und Jugendliche gute Bedingungen für ein gelingendes Aufwachsen vorfinden, ob Eltern und Familien frühzeitig gestärkt und unterstützt werden und ob die Anstrengungen aller engagierten Akteure für einen gelingenden Lebensverlauf, für eine gelingende Bildungsbiografie auch ausreichen.“ Die Sicherstellung der Lebens- und Bildungschancen von Kindern, Jugendlichen und Familien sei eine wesentliche Gestaltungsaufgabe der Kommune. „Aber es muss auch deutlich gemacht werden, wo die Kommunen nur partiell Einfluss haben, wo ihre Grenzen liegen.“, ergänzte er. Die Bekämpfung von Kinderarmut, die strukturelle Ausrichtung des Bildungssystems und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, durch die erhöhte Anforderungen an die Anpassungsleistungen von Familien gestellt werden, seien Beispiele dafür, wo kommunale Gestaltungsspielräume enden. Daher, so das Fazit des Oberbürgermeisters, sei es so wichtig einen präventiven Ansatz zu wählen und in staatlich-kommunaler Verantwortung weiterzuentwickeln.

1.2 Start im „Duett“: Hannelore Kraft und Dr. Brigitte Mohn

Ein kurzer Film stimmte die Besucher auf das Anliegen des Modellvorhabens ein. „Zwei Geschichten“ zeigt die Gedanken eines Mädchens. Es erfährt zunächst keine Unterstützung, fühlt sich allein gelassen und schaut pessimistisch in die Zukunft. Dann kehren sich ihre Gedanken um. Sie stehen unter einem anderen Vorzeichen, nämlich der Erfahrung, dass Menschen da sind, die es in seiner Entwicklung begleiten. Ein eindrucksvoller Perspektivwechsel, auf den die beiden Initiatorinnen des Modellvorhabens im folgenden Gespräch mit Moderator Wolfgang Zimmer (WDR) näher eingingen. „Der Film macht deutlich, dass man den Blick verändern muss. Und das gilt für die Politik und für die Gesellschaft insgesamt. Ich glaube wir müssen vom Kind her denken.“, so das Plädoyer von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft gleich zu Beginn. „Und dafür brauchen wir eine Änderung unserer Instrumentarien“, erläuterte sie. Auf einer

Reise nach Kanada habe sie viel von deren Präventionsansatz gelernt. Dort habe man irgendwann begriffen, dass es nicht mehr sinnvoll sei, einzelne, zeitlich befristete Projekte zu machen, sondern erkannt, dass die Stadt, der Stadtteil, das Projekt sei. Kraft zeigte sich überzeugt von diesem Ansatz und betonte, das sei es, worauf sie in Nordrhein-Westfalen bauen wolle. „Dieses Zusammenwirken aller Beteiligten mit einem gleichartigen Ziel, das bringt eine höhere Erfolgsquote. (…) Wir wollen die vielen Aktivitäten, die es in den Kommunen schon gibt – und es wird schon viel Gutes getan – und wir wollen zugleich dafür sorgen, dass dieses Gute zusammengeführt wird, dass es intensiviert wird, dass es ein geschlossenes Konzept wird, (..)“, so Kraft weiter.

Auch Dr. Brigitte Mohn aus dem Vorstand der Bertelsmann Stiftung zeigte sich von dem Ansatz überzeugt. Die Bertelmann Stiftung habe schon viele Untersuchungen durchgeführt die zeigen, wie teuer es für die Gesellschaft ist, wenn am Anfang des Lebens die Weichen falsch gestellt werden. Sie bekräftigte daher die Notwendigkeit, diese neue Form des Zusammenwirkens, unter Einbezug der freien Träger und all der zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort, zu erproben, „um letztendlich deutlich erfolgreichere Unterstützungsstrukturen für Kinder und Familien aufzubauen“.

Als weitere Referenzpunkte nannte Kraft eine zu Beginn des Jahres 2011 der Öffentlichkeit vorgestellte Prognos-Studie, die die Reparaturkosten unzureichender Bildungs- und Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen auf mehr als 23 Mrd. Euro jährlich beziffert. Ebenso nannte sie den Fachkräftebedarf im Land als einen zusätzlichen Grund, die Potentiale aller Kinder bestmöglich zu fördern. „Aus dem Dilemma des zu späten Eingreifens müssen wir raus, indem wir früh eine Brücke zu den Eltern bauen und diese Brücke auch stabil halten“, betonte sie.

1.3 Kooperationsvertrag in Essen unterzeichnet

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung unterzeichneten Hannelore Kraft und Dr. Brigitte Mohn einen Kooperationsvertrag, der die konzeptionellen Überlegungen und die inhaltlichen Ziele im Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! – Kommunen in Nordrhein-Westfalen beugen vor“ beschreibt. Die Kooperation wurde bis zum Jahr 2015 verabredet. Eine Verlängerung der Kooperation bis 2020 wird avisiert.

Kommunalspezifische Präventionsketten

Zweck der Kooperation ist es gemeinsam Wirksamkeit und Effizienz von Präventionsmaßnahmen zu untersuchen und fundierte und evaluierte Erkenntnisse zum Aufbau kommunaler Präventionsketten in die Fläche zu bringen, so heißt es in der Präambel des Kooperationsvertrages. Das Ziel ist dort ebenfalls näher beschrieben: zunächst in ausgewählten Kommunen Nordrhein-Westfalens sollen lückenlose Präventionsketten entlang der Lebensbiographie von Kindern und Jugendlichen und durch Zusammenarbeit der Bereiche Bildung, Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe und Soziales aufgebaut werden. Diese Entwicklung wird prozesshaft begleitet, evaluiert und kommuniziert.

Evaluation oder begleitende Forschung

Da in Deutschland bisher nur in sehr begrenztem Umfang Forschung zur Effektivität sozialpräventiver Arbeit auf kommunaler Ebene stattgefunden hat, ist vorgesehen, das Modellvorhaben mit zwei Schwerpunkten kontinuierlich zu evaluieren. Zentrale Frage der fachlichen Evaluation ist es, „welche Wirkungen mit welchen Maßnahmen und in welchen Strukturen in der Kommune bei den Zielgruppen erreicht werden". Dabei wird auch untersucht, wer Initiator und / oder Träger der Maßnahme ist (Kommune, freie Träger, Land, Bund). Mit der Evaluation sollen auch Optimierungsmöglichkeiten in der Steuerung der Prozesse auf kommunaler Ebene herausgearbeitet und ggf. strukturelle Änderungen initiiert werden.
Die finanzwirtschaftliche Evaluation wird der Frage nachgehen, welche finanziellen Veränderungen durch eine kommunale Präventionskette langfristig zu erwarten sind. Hier gilt der konzentrierte Blick zunächst den Etats der Kommunen, Auswirkungen für Land und Bund werden aber auch untersucht.

Wissenstransfer

Die Auftaktveranstaltung selbst war der offizielle Startpunkt, um das Vorhaben und Vorgehen im Land Nordrhein-Westfalen bekannt zu machen. Sie steht damit am Anfang einer Reihe verbindlich vorgesehener Veranstaltungen. Je nach Bedarf und Stand sind kleinere Zwischen- und Regionalveranstaltungen sowie nach Sachlage Halbzeit- und Bilanzveranstaltungen vorgesehen. Ziel ist es, den Erfahrungsaustausch auf breiter Ebene zu fördern. Schließlich sollen über die anfänglich ausgewählten Kommunen des Modellvorhabens hinaus alle anderen nordrhein-westfälischen Städte, Gemeinden und Kreise an den Erkenntnissen und Erfahrungen teilhaben. Die kommunalen Spitzenverbände, Landschaftsverbände, Wohlfahrtsverbände, Träger der Sozialversicherungen, Vernetzungsstellen Gesundheit des Landes, Träger der freien Jugendhilfe wie Sportverbände und Stiftungen, sie alle sind wichtige Partner, die helfen sollen die Ergebnisse der Evaluation, Erfahrungen und Meinungen überregional in die Diskussion zu bringen.

Informationsaustausch

Grundlage für den größer angelegten Wissenstransfer ins ganze Land ist die Begleitung der beteiligten Kommunen. Vereinbart wurde, den Austausch der

beteiligten Kommunen untereinander zu initiieren und zu begleiten und die Kommunen beim Aufbau kommunaler Präventionsketten zu unterstützen. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse sind Gegenstand des landesweiten Transfers.

2 Podium: Mehr Vorbeugung in der Politik

Nach dem einführenden Gespräch mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Dr. Brigitte Mohn sprach Moderator Wolfgang Zimmer mit neun Experten darüber, wie der skizzierte Grundsatz „vorbeugen ist besser als heilen“ in konkretes Handeln umgesetzt werden kann. In drei Runden sprach er mit jeweils drei Experten über Chancen und Herausforderungen der Umsetzung vorbeugender Kommunalpolitik.

2.1 Expertenrunde 1: Petra Freynik, Heinz Hilgers, Klaus Konietzka

- Dr. Petra Freynik
  Gesundheitsamt Essen, Leiterin Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
- Heinz Hilgers
  Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes
- Klaus Konietzka
  Leiter des Sozialamtes der Stadt Mülheim an der Ruhr

Die ersten drei Gesprächspartner brachten allesamt langjährige Erfahrungen aus der kommunalen Praxis und im Themenfeld mit. Wolfgang Zimmer sprach mit ihnen darüber, wie die Umsetzung lokaler Präventionsstrategien gelingen kann.

Klaus Konietzka, Leiter des Sozialamtes der Stadt Mülheim an der Ruhr, berichtete von seinen Erfahrungen bei der Umsetzung des Präventionsgedankens. Er könne das bereits Gesagte nur bestätigen: „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es auf den Anfang ankommt und auf die Perspektive, mit der wir die Dinge betrachten“. Die Entscheidung, die Familie und das einzelne Kind in den Mittelpunkt zu stellen, habe in Mülheim zu ganz konkreten organisatorischen Veränderungen geführt. Die Arbeit sei heute so organisiert, dass Fachkräfte der unterschiedlichen Leistungsbereiche des Sozialamtes jeweils für die gleichen sozialen Räume verantwortlich sind und fallbezogen miteinander arbeiten. „Das war ein langer Weg, bis diese ganzheitliche Betrachtung möglich war“, betonte Konietzka. Beispielsweise seien alle Fachkräfte in der Methode des Fallmanagement qualifiziert worden. Durch das Fallmanagement und die sozialräumliche Gestaltung der Dienstleistungen sei es möglich, die Ressourcen der einzelnen Familie stärker in den Blick zu nehmen. Dieser Fokus, auf die Familie, auf das Kind, helfe letztlich auch dabei andere Fachbereiche und Partner für die Zusammenarbeit zu gewinnen.

Dr. Petra Freynik, Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes im Gesundheitsamt Essen, zeigte sich begeistert von dem Vorgehen in Mülheim. Soweit sei man in Essen zwar noch nicht, doch auch dort halte mehr Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit Einzug. Als hilfreich beschrieb Freynik die Zusammenfassung der Bereiche Schule/Bildung, Jugend/Soziales und Gesundheit in einem Dezernat. Abstimmungsprozesse würden dadurch erleichtert. Mit der Essener Kinderschutzkonferenz sei zudem Anfang 2011 ein Forum ins Leben gerufen worden, in dem sich Fachkräfte unterschiedlicher Bereiche kennen lernen über wichtige Themen, wie zuletzt das Thema Gesundheit, austauschen. Dies geschehe nicht unverbindlich, sondern mit dem erklärten politischen Willen zur Vernetzung und einer sozialräumlichen Ausrichtung.

Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, merkte an, dass allein ein Blick auf die Datenlage zur Situation von Kindern in Deutschland zeige, wo Politik ansetzen muss. Am 01. Januar 2000 lebten 15,7 Mio. Kinder in Deutschland, davon 1,45 Mio. auf Sozialhilfeniveau. Im Jahr 2011 sei die Anzahl der Kinder auf

13 Mio. zurückgegangen, aber 2,5 Mio. hätten Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket. Diese Tatsache, dass mehr Kinder in sozial schlechter gestellten Familien und Wohnvierteln geboren werden, zeige, dass in diesen Bezirken und für diese Kinder eine besondere Anstrengung notwendig sei. „Uns ist es bis jetzt nicht gelungen, die vielen Vorzeigeprojekte, die wir in Deutschland haben, so in die Fläche zu bringen, dass sie überall funktionieren, im ganzen Land. Und dass wir in einer Stadt auch jedes Kind erreichen.“ Es dürfe nicht länger dem Zufall überlassen sein, ob ein Kind in den Genuss eines solchen Projektes komme und damit Zukunftschancen erhalte.

2.2 Expertenrunde 2: Felix Berth, Elisabeth Pott, Holger Ziegler

- Felix Berth
  Redakteur Süddeutsche Zeitung/Buchautor
- Prof. Dr. Elisabeth Pott
  Direktorin BzgA/Nationales Zentrum Frühe Hilfen
- Prof. Dr. Holger Ziegler
  Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaften

In der zweiten Gesprächsrunde ging es um den wissenschaftlichen Diskurs zum Thema Präventionsketten und damit den Forschungskontext, in den sich das Thema einordnen lässt.

Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, verwies auf die sehr gute Entwicklung der Angebotsstrukturen im Bereich der frühen Hilfen. In diesem Bereich habe sich in den letzten Jahren in Deutschland sehr viel entwickelt. Problematisch sei ein anderer Punkt: „Der Begriff der Vorbeugung, der Begriff der Prävention hat sich noch nicht so durchgesetzt in der Gesellschaft, dass wirklich alle davon überzeugt sind, dass das etwas Gutes und Richtiges ist und dass es wirkt." „Dabei", so Pott weiter, „wirkt Prävention, wenn sie systematisch gemacht wird, so wie wir es aus vielen Studien heute wissen". Zwar gebe es Ergebnisse aus Längsschnittstudien nur aus dem Ausland. Mit Befunden in der Hirnforschung lasse sich heute der sozialwissenschaftlich bereits seit langem konstatierte Zusammenhang belegen, dass das Aufwachsen in sozial schwierigen Verhältnissen Auswirkungen auf die Gesundheit, die Lernfähigkeit und auf die Entwicklungschancen von Kindern insgesamt hat. Diese Befunde gäben all jenen Recht, die in Vorbeugung zu investierten. Ein Missverständnis sei es zu glauben, es reiche „einen Schalter umzulegen", damit Prävention funktioniert. Es gehe darum, „gemeinsam mit anderen eine längere Wegstrecke zurückzulegen. Dieser Weg müsse evaluiert werden, mit dem Ziel einen Qualitätsentwicklungsprozess einzuleiten.

Dr. Holger Ziegler, Professor an der Fakultät für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld, bezeichnete den Gedanken der Kette als zukunftsweisend. „Es gibt keinen Dissens darüber, dass der Start ins Kinderleben entscheidend ist. Trotzdem müssen wir die Frage beantworten, wie es danach weitergeht und hier ist die Frage der Kette durchaus die Richtige." Die Studienlandschaft in Deutschland ermögliche bislang keine Längsschnittstudien, über einzelne Projekte hinaus, um zu beantworten, ob mit den Maßnahmen diejenigen erreicht werden, die wirklich Bedarf haben und um zu untersuchen, wie nachhaltig die Wirkungen der Maßnahmen sind. „All das wissen wir nicht und da bewegen wir uns im Bereich der Spekulation", spitzte Ziegler zu.

Felix Berth, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, berichtete über das ‚Perry Preschool Project', eine Langzeitstudie aus den USA. In den sechziger Jahren habe

man 120 drei-vierjährige Kinder aus benachteiligten Verhältnissen in zwei Untersuchungsgruppen aufgeteilt. Die Hälfte der Kinder habe zwei Jahre lang eine intensive Frühförderung erhalten, während die andere Hälfte diese Förderung nicht erfuhr. Über vierzig Jahre habe man untersucht, wie sich diese Kinder und später Erwachsenen in ihrem Leben entwickelt haben. Das Ergebnis ist eindeutig. „Die Unterschiede sind so groß, dass ich beim ersten Draufgucken gedacht habe, das kann nicht sein“, kommentierte Berth. Die Kinder, die damals an der Frühförderung teilgenommen haben, zeichneten sich im Alter von vierzig Jahren durch eine geringere Kriminalitätsrate, deutlich bessere Bildungsabschlüsse und eine geringere Sozialhilfeabhängigkeit aus.

Prof. Ziegler ergänzte, das genannte Experiment aus den USA sei eines der Leuchttürme. Man könne allerdings nicht daraus schließen dass es ausreiche, heute Kinder nur bis zum Ende des Kindergartens zu fördern. Die gesamte Hilfelandschaft müsse im heutigen Kontext betrachtet werden. „Die Studien zeigen in der Tat, dass man über koordinierte und klare Bemühungen einiges machen kann. Die Entwicklung

und die Frage von gutem Aufwachsen ist nicht einfach Zufall, sondern politisch gestaltbar“, so die Einordnung des Professors. Die Frühförderung dürfe daher nicht gegenüber anderen Bereichen ausgespielt werden.

2.3 Expertenrunde 3: Christoph Gilles, Peter Jung, Andreas Meiwes

- Christoph Gilles
  Landesjugendamt beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), Abteilungsleiter Jugendförderung
- Peter Jung
  Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen
- Andreas Meiwes
  Vorsitzender Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen

In der letzten der drei Gesprächsrunden stand die Frage des Transfers von Erfahrungswissen im Mittelpunkt.

Peter Jung, Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal und Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen, plädierte dafür die Rahmenbedingungen so zu gestalten, „dass Prävention für die Kommunen auch umsetzbar wird.“ Da müssten auch Hürden durch das Land und den Bund beseitigt werden, wie beispielsweise die Tatsache, dass die Reparatur Pflichtaufgabe der Kommune sei, Prävention hingegen eine freiwillige Leistung. „Ich denke dass wir da hinkommen müssen, im Rahmen des Modellvorhabens, das jetzt aufgelegt wird, Argumente zu sammeln, dass Prävention Pflichtaufgabe ist“, forderte Jung.

Andreas Meiwes, Vorsitzender Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, sprach sich dafür aus, das „Kreativitätspotential der Freien Wohlfahrtsverbände in diesem Bereich“ zu nutzen. Die Träger seien vielfach Initiatoren und Motoren von Präventionsmaßnahmen. Manchmal agierten sie als Einzelkämpfer. Eine gute Sache – auch im Sinne der Quartiersorientierung – sei überall dort aus den Initiativen entstanden, wo die Vernetzung mit den kommunalen

Ämtern, dem Gesundheitsamt und dem Jugendamt gelingt. „Da sind alle dran gewachsen, die Freien Träger, die Kommunen und selbstverständlich auch die Quartiere, in denen dann gearbeitet wurde“, erläuterte Meiwes.

Christoph Gilles, vom Landschaftsverband Rheinland (LVR), berichtete von den langjährigen engen Beratungskontakten des Landesjugendamtes Rheinland mit Kommunen zum Thema Kinderarmut und Prävention. „Da kriegt man mit, wo es im Miteinander zwischen öffentlichen und freien Trägern hakt“, berichtete er. Er sei überzeugt, dass das Miteinander nur im Rahmen „gesteuerter Vernetzung“ gelingen könne, wenn vor Ort jemand da sei, der die Zusammenarbeit koordiniere und voranbringe. Die Erfahrungen der 36 aktuell am LVR-Programm ‘Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut‘ beteiligten Kommunen zeigten, dass es auf eine neue Handlungslogik ankomme. „Wenn wir das Kind in den Vordergrund rücken, wie es hier ja auch geschieht, dann heißt das zu fragen, wo wir das, was schon läuft brauchen und ob es vielleicht woanders sinnvoller wäre, dieses Angebot zu machen“, führte Gilles aus. Es sei eine große Herausforderung ein solches Netzwerk zu koordinieren und Konsens über solche Standortentscheidungen herbeizuführen.

3 Guter Start – Gutes Umfeld – Gute Zukunft

Mit unterschiedlichem Fokus wurde am Nachmittag in drei parallelen Foren diskutiert. Die Gestaltung der Zusammenarbeit im Bereich der frühen Hilfen und an den Übergängen in die Kita und in die Grundschule stand im Mittelpunkt des ersten Forums. Das zweite Forum beschäftigte sich mit der Frage der sozialräumlichen Gestaltung von Angeboten, d.h. der Berücksichtigung und Stärkung des Wohnumfeldes und vorhandener Strukturen bei der Angebotsplanung. Im dritten Forum lag der Fokus auf dem Übergang von der Schule in Ausbildung bzw. Studium und auf der Frage, wie Jugendliche an dieser wichtigen Schwelle begleitet werden können.

3.1 Guter Start: Frühe Hilfen und Übergang Kita-Schule

Moderation:

- Manfred Walhorn, Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Diskutanten:

- Petra Beckmann-Haaler, Präventives Elterntraining für alleinerziehende
- Nicole Essing, Leiterin der Ludgerus-Grundschule Hiltrup, Stadt Münster
- Gerda Holz, stellv. Direktorin, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt a.M.
- Thomas Hohmann, Leiter des DRK-Familienzentrums Langenfeld
- Heike Trottenberg, Leiterin des DRK-Familienbildungswerks Mettmann
- Mechthild Paul, Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Inhaltlicher Fokus

Frühe Hilfen für einen guten Start ins Leben sind ein Schlüssel für den Erfolg eines vorbeugenden Politikansatzes. Das Forum zeigte die Bandbreite unterstützender Angebote rund um Schwangerschaft, Geburt und während der ersten Lebensjahre. Diskutiert wurde die Frage, was Kommunen und Land tun können, um die ersten wichtigen Übergänge im Leben – in die Kita und die Schule – zu erleichtern. Auszüge der beiden in diesem Forum verwendeten Präsentationen finden Sie in der Anlage.

Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit.

3.2 Gutes Umfeld: Sozialraumorientierung – Nah dran ist früh dran

Moderation:

- Norbert Reichel, Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Diskutanten:

- Prof. Dr. Angela Faber, Städtetag Nordrhein-Westfalen
- Prof. Dr. Elke Pahl-Weber, TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung
- Beate Rafalski, Quartiersmanagerin Tossehof, Stadt Gelsenkirchen
- Michael Rudolph, Stellv. Direktor des Genoveva-Gymnasiums, Stadt Köln

Inhaltlicher Fokus

Sozialraumorientierung ist ein wesentliches Element und zugleich Anliegen des Modellvorhabens „Kommunale Präventionsketten“. Das Forum verdeutlichte, was unter „Sozialraum“ und „sozialräumlicher Orientierung“ zu verstehen ist und worin die besonderen Vorteile dieses Ansatzes zu sehen sind. Die Diskussion bezog Erfahrungsberichte aus Kommunen und Projekten ein, die bereits einen sozialräumlichen Ansatz erproben, und sprach auch die Schwierigkeiten und Herausforderungen dieser Herangehensweise an.

3.3 Gute Zukunft: Reform des Übergangs Schule – Beruf

Moderation:

- Roland Matzdorf, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Diskutanten:

- Prof. em. Dr. Klaus Klemm, Universität Duisburg-Essen
- Wolfgang Koch, Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- Martina Lüking, Leiterin der Jugendberufshilfe Bielefeld
- Brita Russack, Teamleiterin U25-Haus, Mülheim a.d. Ruhr
- Jürgen Schattmann, Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltlicher Fokus

Das System des Übergangs von der Schule in das Berufsleben bedarf der Reform. Im Lichte erfolgreicher Praxisbeispiele ging das Forum der Frage nach, wo und wie Reformmaßnahmen ansetzen sollten, um jungen Menschen einen möglichsten naht- und reibungslosen Übergang in das Erwerbsleben zu ermöglichen. Die in diesem Forum verwendete Präsentation finden Sie in der Anlage.

Einen humorvollen Schlusspunkt setzte das Trio Alfeo, Frieling, Vennemann des Bonner Improvisationstheaters „Springmaus“. Sie blickten mit allen Regeln kabarettistischer Kunst auf das Thema des Tages. In Kooperation zwischen Publikum und Bühnenpersonal wurden auf Zuruf Projekte, Orte und Aussagen aus dem bürokratischen Alltag („hierfür bin ich nicht zuständig“) mit Volksweisheiten („was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“) kombiniert. Das Publikum hatte sogar die Wahl, ob die Zitate beispielsweise nach Westernart, in Tanzform á la „Hip-Hop“ oder in der Darbietung einer „Oper“ auf die Bühne kamen.

Künstler des Improvisationstheaters Springmaus aus Bonn

4 Anlage

BertelsmannStiftung

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Kein Kind zurücklassen!
Auftaktveranstaltung zum Modellvorhaben
„Kommunale Präventionsketten“

9. November 2011, 10 – 16 Uhr

Programm

Colosseum Theater Essen
Altendorfer Straße 1
45127 Essen

10.00	**Empfang, Steh-Café**
10.30	**Eröffnung** Reinhard Paß, Oberbürgermeister der Stadt Essen
10.45	**Kein Kind zurücklassen!** Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung
11.15	**Mehr Vorbeugung in der Politik: lokale Strategien zur Umsetzung** Diskussion Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der BZgA | Nationales Zentrum Frühe Hilfen Prof. Dr. Holger Ziegler, Fakultät für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld Felix Berth, Buchautor und Redakteur, Süddeutsche Zeitung Dr. Petra Freynik, Leiterin des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, Gesundheitsamt Essen Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Klaus Konietzka, Leiter des Sozialamtes der Stadt Mülheim Peter Jung, Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, Vorsitzender des Städtetags Nordrhein-Westfalen Andreas Meiwes, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen Christoph Gilles, Landesjugendamt Rheinland (LVR)
12.30	**Imbiss**
14.00	**Parallele Foren** Im Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“ steht das Kind im Vordergrund. In den Foren erfahren Sie, was gelungene Übergänge zwischen den Lebenswelten des Kindes ausmacht. Schlaglichtartig werden die wissenschaftlichen Hintergründe und gelungene Praxisbeispiele vorgestellt. Sachkundige aus den beteiligten Ministerien ergänzen die themenspezifischen Angebote des Landes Nordrhein-Westfalen.
Forum 1	**Guter Start: Frühe Hilfen und Übergang Kita – Schule**
Forum 2	**Gutes Umfeld: Sozialraumorientierung – Nah dran ist früh dran**
Forum 3	**Gute Zukunft: Reform des Übergangs Schule – Beruf**
15.30	**Rückblick und Ausblick** Kabarettistische Zusammenfassung durch das Improvisationstheater Springmaus Nächste Schritte im Modellvorhaben
16.00	**Ende der Veranstaltung**

Aufruf zur Interessensbekundung

Für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist mit der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages offiziell die Einladung ausgesprochen worden, ihre Strategien der Kinder- und Jugendhilfe vorzustellen und sich für eine Teilnahme an dem Vorhaben bis zum 15. Dezember 2011 zu bewerben. Anfang 2012 wird auf der Grundlage eines bis dahin entwickelten Kriterienrasters eine Auswahl getroffen, die zehn bis fünfzehn Kommunen benennen wird, die in einer ersten Phase bis 2015 an dem Modellvorhaben teilnehmen werden. Die ausgewählten Kommunen erhalten eine Finanzhilfe für die zusätzlich entstehenden Personal- und Sachkosten in Form eines Festzuschusses, der gestaffelt nach der Größenordnung der Kommune (Einwohnerzahl) maximal 64.000 Euro beträgt. Es ist beabsichtigt, das Projekt bis ins Jahr 2020 fortzusetzen.

Forum 1
Präsentation von Mechthild Paul, Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Forum 1

Guter Start: Frühe Hilfen und Übergang zur Kita - Schule
Auftaktveranstaltung zum Modellvorhaben
„Kommunale Präventionsketten“, NRW

Mechthild Paul, Nationales Zentrum Frühe Hilfen
9. November 2011

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Definition des NZFH:

Frühe Hilfen umfassen:

- universelle/primäre Prävention.
- **selektive/sekundäre Prävention**
- bis hin zur Überleitung zu weiteren Maßnahmen zum Schutz des Kindes

Zielgruppen:

- Eltern und Kinder ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren mit einem Schwerpunkt auf der Altersgruppe der 0 bis 3-Jährigen.
- Insbesondere Familien in Problemlagen

2

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Ausgangssituation: Politische Initiative

Vernetzung Gesundheitssystem und Jugendhilfe

Gesundheitssystem:	**Nicht stigmatisierender Zugang zu fast allen Frauen rund um die Geburt**
Jugendhilfe:	**Angebot passgenauer Hilfen**
Weitere Akteure:	**Zugänge**

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Vernetzung und Kooperation der Akteure

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Ergebnisse und Empfehlungen: Modellprojekte (anhand der Qualitätsdimensionen Früher Hilfen)

- Systematisch Zugang zu Familien finden
- Belastungen und Risiken frühzeitig erkennen
- Familien zur Annahme von Hilfen motivieren
- Hilfen an die Bedarfe von Familien anpassen
- Entwicklung von Familien und Kindern nachhaltig begleiten (Monitoring)
- Verstetigung der Hilfen als Regelangebot
- **Vernetzung und verbindliche Kooperation von Akteuren**

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Förderliche Faktoren für Netzwerke

(Politische) Rahmenbedingungen

- Initiative: die Kommune muss aktiv werden und ein Netzwerk initiieren (Top-down Strategie), umfassende Implementierung
- Öffentlichkeitsarbeit zur Herstellung einer breiten Akzeptanz

Strukturelle Verankerung

- Klare Verantwortungsstrukturen:
  Mit Kompetenzen ausgestattete Koordinierungsstelle, kommunal verankert

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Förderliche Faktoren für Netzwerke

Ressourcen

- Netzwerke bedürfen Zeit und Geduld, einer kontinuierlichen Zusammenarbeit
- Regelmäßige Kontakte zwischen den Netzwerkpartnern
- Entwicklung von ressortübergreifendenden Finanzierungsmodellen, (ausreichende Ressourcen)
- Angebot unterschiedlicher Hilfen (Sozialraumanalyse, unspezifische und spezifische)

Konzeptionelle Arbeit

- Netzwerke brauchen ein Konzept mit Zielen: allen Beteiligten sollten Struktur und Ziele bekannt sein
- Interdisziplinarität und Interprofessionalität

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Förderliche Faktoren für Netzwerke Früher Hilfen

Qualitätssicherung

- Evaluation und Weiterentwicklung, um das Netzwerk den Bedarfen anzupassen
- Gemeinsame träger- und professionsübergreifende Fortbildungen (NetzwerkkoordinatorInnen, Fallarbeit)

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Förderliche Faktoren für Netzwerke Früher Hilfen

Kooperative Zusammenarbeit

- Transparente und nachvollziehbare Handlungs- und Entscheidungsprozesse (Rückmeldeschleife, Datenschutz)
- Abschluss von verbindlichen Kooperationsvereinbarungen
- Verständigung auf gemeinsames Fallverstehen und Bewertungsrahmen
- Herstellung von Transparenz vorhandener Angebote

Vor allem:

Innere Haltung getragen von Wertschätzung, Respekt, Transparenz, Kooperationsbereitschaft

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Kooperation zwischen Gesundheitswesen und Jugendhilfe

Kooperationshemmnisse:

- Versäulung
- Unterschiedliche Finanzierungssysteme
- Unterschiedliches Selbstverständnis
- Kompetenzgerangel
- Trägerkonkurrenzen

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

www.fruehehilfen.de

Forum 2
Präsentation von Gerda Holz, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

forschen · beraten · gestalten

Mo.Ki – Monheim für Kinder

– Vorbild für eine integrierte Gesamtstrategie zur (Armuts)Prävention in Kommunen

Gerda Holz, Frankfurt am Main

ISS
Gemeinnütziger e.V.

Initiatoren und Modellpartner seit 2002

- **Modellträger**
  - Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein, Essen
  - Stadt Monheim am Rhein, Monheim am Rhein
- **Wissenschaftliche Begleitung/Evaluation**
  - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt am Main
- **Modellförderung**
  - Landschaftsverband Rheinland – Rheinlandstiftung (2002-2005)
  - Stiftung Wohlfahrtspflege NRW (2005-2008, 2008-2011)
  - Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW (2008-2011)

2

„Öffentliche Verantwortung“ für Kinder beinhaltet eigene – originäre – Pflichten und bedeutet …

- **Veränderung und Qualifizierung des Systems zum Wohle von allen Kindern und deren Familien, insbesondere über**
  1. positiv zugewandte Haltung der Fachkräfte / Bevölkerung gegenüber (sozial benachteiligten) Kindern/Familien
  2. bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur für junge Menschen
  3. Entwicklung präventiver Konzepte und vernetzter Angebote durch Anbieter
  4. Schaffung der Rechtsgrundlagen = staatlicher Garant von subjektiven Rechten
- **Unterstützung eines jeden Kindes/Jugendlichen als staatliche Pflichtaufgabe durch**
  - Förderung
  - Hilfe
  - Schutz
- **Umsetzung einer kindbezogenen (Armuts)Prävention auf kommunaler Ebene**
  - Individuelle Förderung und Stärkung
  - Ausbau der Strukturen = Präventionskette auf der Basis von Präventionsnetzwerken

3

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

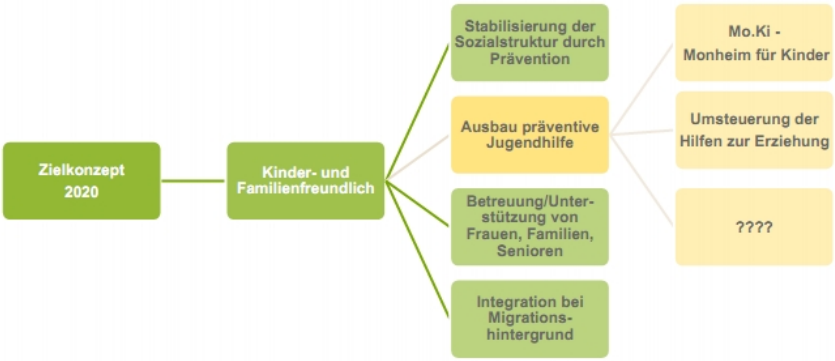
forschen · beraten · gestalten

Mo.Ki – Monheim am Rhein

„Die Kinder- und Jugendhilfe als Motor und Gestalter kommunaler Infrastruktur für junge Menschen“

4

Die Leitorientierung der Stadt Monheim am Rhein – 2002



5

Mo.Ki – Monheim am Rhein

Ziele, Selbstverständnis und Grundsätze

7

Ziele von Mo.Ki – Monheim für Kinder

- **Leitziele**
  - Es soll möglichst vielen Kindern eine erfolgreiche Entwicklungs- und Bildungskarriere eröffnet werden.
  - Es soll damit ein Beitrag zur Chancengleichheit geleistet werden.

- **Teilziele**
  - Abbau des Zusammenhangs „Soziale Herkunft und Bildungserfolg“
  - Bessere Chancen für Kinder aus dem Berliner Viertel auf Bildung, Erziehung, Förderung und ein selbstbestimmtes Leben
  - Frühwarnsystem
  - Verzahnung Gesundheit, Kultur, Sport und Jugendhilfe
  - Nutzung aller Ressourcen in der Kommune, von der Wirtschaftsförderung bis zum ehrenamtlichen Engagement

8

ISS Gemeinnütziger e.V.

Mo.Ki - Monheim für Kinder
“Förderung und Bildung vom Baby bis zum Azubi“

0-3 Jahre | 3-6 Jahre | 6-10 Jahre | 10-18 Jahre | ab 18 Jahre

Mo.Ki 0 | Mo.Ki I | Mo.Ki II | Mo.Ki III | Mo.Ki IV

9

ISS Gemeinnütziger e.V.

Mo.Ki – Querschnittsaufgaben und -themen

- **Querschnittsaufgaben**
  - Förderung (armer/sozial benachteiligter) junger Menschen
  - Arbeit mit (armen/sozial benachteiligten) Eltern
  - Gestaltung von Schnittstellen
    - » Übergangsmanagement
    - » Jugendamt, Hilfen zur Erziehung
  - Infrastrukturentwicklung durch Netzwerkarbeit

- **Querschnittthemen**
  - Integration und soziale Teilhabe
  - Gesundheitsförderung
  - Sprachförderung
  - Förderung der Erziehungskompetenz
  - Marte Meo© als videogestützte Bindungs- und Erziehungsberatung

10

ISS
Gemeinnütziger e. V.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

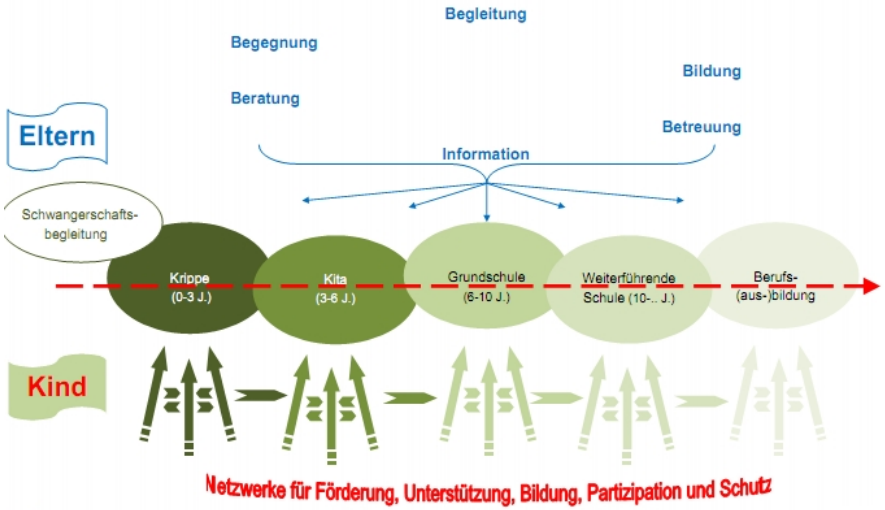
forschen · beraten · gestalten

Zusammenfassung

Was von Monheim am Rhein gelernt und allerorts genutzt werden kann !!

22

Strukturbild einer kindbezogener (Armuts)Prävention: Präventionskette durch Netzwerke



23

© ISS-Frankfurt a.M.

Drei Ebenen von Wirkungen in Kommunen

- Strukturelle Auswirkungen werden sichtbar – auf das Stadtleben und in der Gestaltung der sozialen Daseinsvorsorge der Kommune.
- Finanzielle Auswirkungen werden sichtbar – z.B. innerhalb der Jugendhilfe
  - Einsatz von zusätzlichen Mitteln (nur) für die modellhafte Entwicklung
  - Integration in das Regelsystem und Fortführung als Pflichtaufgabe
  - Umsteuerung der Finanzmittel innerhalb des HzE-Bereiches
    (Effekt = früher, häufiger, kürzer und kostengünstiger)
- Individuelle und familiäre Auswirkungen auf die Lebenslage von jungen Menschen werden sichtbar.

Herzlichen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich freue mich
auf das weitere Gespräch!!

Forum 3
Präsentation von Roland Matzdorf, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

„Neues Übergangssystem Schule/Beruf für NRW“

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

- Angesiedelt am Ende der Präventionskette
- Doppeltes Ziel:
  - Vermeidung von (Jugend-)Arbeitslosigkeit
  - Vermeidung von Fachkräftemangel

  durch berufliche Qualifizierung
- Methode:
  - Zusammenführen der Regelsysteme
  - Vorverlagerung von Ressourcen

Der Ansatz

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

1. Vom Auffangbecken zum gesteuerten System
2. Von der Nachsorge zur Prävention
3. Von der rein sozialpolitischen zur arbeitsmarktpolitischen Sichtweise
4. Vom Projekt zum Regelsystem für alle
5. Neue Organisations- und Kooperationsformen der Ausbildung

Schwerpunkte

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

1. Verbindliches, standardisiertes, geschlechtersensibles, flächendeckendes Angebot der Berufsorientierung für alle Schulformen
2. Präventiver individueller Förderansatz ab 7./8. Schulbesuchsjahr für besondere Zielgruppen
3. Konsequentes Organisieren des Übergangs von der Schule in Ausbildung / Studium
4. Sicherstellung von Ausbildungsangeboten: Umwandlung von Warteschleifenmaßnahmen in abschlussrelevante Angebote
5. Gesamtverantwortung des Landes, Koordination auf kommunaler Ebene

Schwerpunkte

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

1. Verbindliches, standardisiertes, geschlechtersensibles, flächendeckendes Angebot der Berufsorientierung für alle Schulformen
2. Präventiver individueller Förderansatz ab 7./8. Schulbesuchsjahr für besondere Zielgruppen
3. Konsequentes Organisieren des Übergangs von der Schule in Ausbildung / Studium
4. Sicherstellung von Ausbildungsangeboten: Umwandlung von Warteschleifenmaßnahmen in abschlussrelevante Angebote
5. Gesamtverantwortung des Landes, Koordination auf kommunaler Ebene

4 09.11.2011 „Übergangssystem“ - Präventionsketten

Im Rahmen einer festlichen Auftaktveranstaltung riefen die nordrhein-westfälische Landesregierung und die Bertelsmann Stiftung am 09. November 2011das gemeinsame Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor" ins Leben: „Ziel des Modellvorhabens ist es, laufende und zukünftige Maßnahmen auf Landes- und auf kommunaler Ebene besser aufeinander abzustimmen. Gleichzeitig wollen wir Kommunen unterstützen, durch vorbeugende Maßnahmen soziale Folgekosten zu senken. Damit dies gelingt, wollen wir mit und durch Modellkommunen lernen, wie eine vorbeugende Politik als Querschnittsaufgabe aller Fachbereiche gemeinsam mit Akteuren vor Ort gelingen kann." Im vorliegenden Bericht sind Impressionen vom Auftakt des Modellvorhabens zusammengestellt.

As part of a celebratory kick-off event, the state government of North Rhine-Westphalia and the Bertelsmann Stiftung launched the initiative "Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor" ("Leave No Child Behind! Municipalities in North Rhine-Westphalia providing equal opportunities for all children"): "The aim of the model campaign is to better coordinate existing and future measures at state and local level. At the same time, we want to support municipalities in lowering later social consequences though the use of preventative measures. To ensure that this is a success, we would like to learn from and alongside municipalities how preventative policies can succeed as a cross-sectional task for all fields in conjunction with local stakeholders." This report contains some impressions from the launch of the initiative.

www.bertelsmann-stiftung.de
www.kein-kind-zuruecklassen.de

BertelsmannStiftung

EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen